

Auszug aus **MOZ** bei **Context XXI**

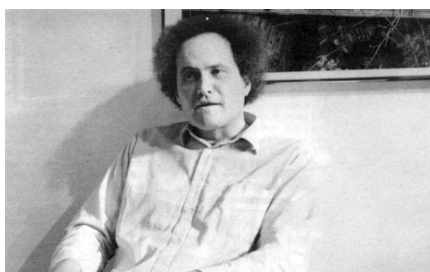
(http://contextxxi.org/wir-sollen-polarisierungen.html)

erstellt am: 13. Juli 2020

Datum dieses Beitrags: Dezember 1990

Interview

„Wir sollen Polarisierungen vermeiden

“
...“

Andreas Wabl war in der vergangenen Legislaturperiode Klubobmann der Grünen und ist nunmehr normaler steirischer Abgeordneter, sein Nachfolger als Klubchef ist Johannes Voggenhuber.

Karl Lind sprach mit Andreas Wabl über den bevorstehenden Bundeskongress, den Zustand der Partei, grüne Versäumnisse und Perspektiven.

■ KARL LIND ■ ANDREAS WABL

MONATSZEITUNG: Knappe fünf Prozent, Andreas Wabl, lautete das Ergebnis der vergangenen Nationalratswahl, — etwa die Hälfte dessen, was die Umfrageinstitute den Grünen prophezeit hatten. Woran ist's gelegen? An den Grünen oder an der Demoskopie?

WABL: Es gibt viele Ursachen; eine ist sicher die, nach der die Grünen zu Ende des Nationalratswahlkampfes in der innenpolitischen Landschaft überhaupt keine Rolle mehr gespielt haben. Die Polarisierung Vranitzky oder Schwarz-Blau hat einen nicht unerhe-

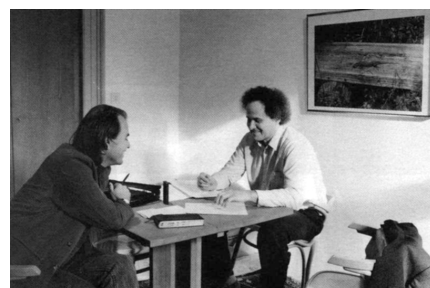
blichen Teil der kritischen Leute dann doch noch Franz Vranitzky wählen lassen.

Eine Erklärung ...

Dann haben wir es verabsäumt, unseren politischen Anspruch für die nächsten vier Jahre zu formulieren. Was wollen wir durchsetzen? Dann die ängstliche Festlegung auf die unbedingte Oppositionsrolle — die halte ich für fatal in einer Situation, wo innenpolitische Bewegungen im Gang sind.

Ja, warum denn die Festlegung?

Auf Grund der Ängstlichkeit, von einer großen Partei erdrückt zu werden, sowie das Spannungsverhältnis — Regierungsverantwortung zu tragen und gleichzeitig fundamentale Positionen einnehmen zu müssen — nicht mehr aushalten zu können. Und das ist sicher richtig, da unsere weitgehend nicht vorhandene Organisation das nicht aushalten würde. Wenn umweltpolitische Maßnahmen zu spät ergriffen werden, geraten die demokratischen Spielräume immer geringer, und wir gehen immer mehr in die Verbotspolitik rein. Und das wollen sich, verständlicherweise, gerade Grüne nicht leisten. In diesem Spannungsverhältnis muß nun agiert werden, auch wenn wir organisatorisch nicht so gut sind.



In Großdeutschland müssen sich die Grünen rege bemühen, die 5%-Klausel zu schaffen. Im ganzen Ex-Osten spielen grüne Parteien keine Rolle. Ist das schwache österreichische Ergebnis Folge eines internationalen Trends oder ist es nur vorübergehend, zurückzuführen auf die aktuellen Unruhen?

Die Grünen können mit diesem einen Widerspruch nicht umgehen: Einerseits die völlig richtige Vorstellung, wie gesellschaftliche Veränderung in der jetzigen Zeit funktionieren kann und muß — mit bestimmten Strukturen an der Basis — und andererseits die tägliche Auseinandersetzung machtpolitischer Art, in der wir auch ganz wesentlich eine Rolle spielen müssen. Wenn ich das immer als Gegensatz sehe, als einen Gegensatz, mit dem man nicht leben kann, dann werde ich irgendwann mal daran zerbrechen. Es geht eben darum, beides zu tun, mit allen Widersprüchen, so wie das Leben halt widersprüchlich ist. Die Grünen aber sind gerade dabei, genau an diesem Widerspruch zu zerbrechen. Das ist nicht der klassische Konflikt „Realo“ gegen „Fundi“, sondern einfach ein Übersehen, daß das

Leben und der politische Kampf verschiedene Facetten hat.

Was hat er denn aktuell für Facetten?

Wir müssen jede Möglichkeit nützen, um in den Machtstrukturen mitzumischen, aber andererseits den fundamentalen Kampf vor Ort, wo Widerstand entsteht — gegen Straßenprojekte, Mülldeponien, gegen eine falsche Ausländerpolitik usw. —, nicht vernachlässigen. Daß diese beiden Positionen immer weiter auseinanderdriften, ja daß sie gegeneinander ausgespielt werden, halte ich für fatal — gerade für die Grünen. Und an diesem Konflikt könnten wir zerbrechen.

Ist ja auch ein bißchen schwierig so mit beiden Beinen am Boden der Verfassung wie der Rechtsstaatlichkeit und vor den Schreibtischen im Hohen Haus, andererseits die Kämpfe auf den Straßen und den Wiesen ...

Na, das Problem ist doch sicher schon gelöst. Wir stehen zwar auf dem Boden der Verfassung, aber in ganz bestimmten Punkten — und dazu ist die Politik ja da — soll auch die Verfassung verändert werden können. So ein Gesetz etwa nicht zu achten, weil ein höheres Gut auf dem Spiel steht. Das ist bereits ausdiskutiert.

Ja, es hat sich ausdiskutiert.

In Österreich ist die Frage gelöst und so entschieden, daß in entscheidenden Fällen — beim Widerstand gegen bestimmte Projekte etwa — Gesetze zu brechen akzeptiert ist. Auch von Abgeordneten zum Nationalrat.

Du meinst gerade vorhin, zurecht, Eure Organisation arbeite nicht sehr effizient. Gerade das von Dir skizzierte Spannungsfeld zwischen aktivem Widerstand und realpolitischem Engagement verlangte aber vielleicht eine stärkere, demokratischer strukturierte Bundespartei.

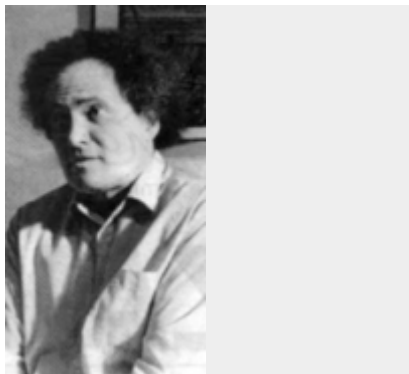
Keine Parteiorganisation zu haben ist besser als eine schlechte. Aber es sollte möglich sein, Mindestanforderungen einer Organisation sehr effektiv einzurichten, die aber kein Eigenleben im klassischen Sinne führen sollen wie etwa die von Kaderparteien. Die Organisation sollte im Dienste der grünen Ideen stehen. Also einerseits volle Unter-

stützung der Gruppen, die an der Basis arbeiten, andererseits hilfreich in den realpolitischen Entscheidungsstrukturen.

Wir haben weder das eine noch das andere geschafft.

Diese nicht mehr ganz so neue Politik im Zeichen der Medien hat die SPÖ jetzt gelernt. Die FPÖ kann das, seit Haider, noch besser. Die ÖVP ist drauf und dran, ihre Bünde zu zähmen und das CDU-Modell zu übernehmen — also auch ein Fortschritt. Da ist es doch nur logisch, wenn die Grünen einen starken Klub mit starkem Führer als Modell entwickeln, keine Bundespartei und relativ frei agierende Landesparteien, gebunden lediglich an die Klubvorgaben.

Ob das logisch ist, ist eine andere Frage, doch ist das, was Du skizziert hast, im Augenblick de facto der Fall. Johannes Voggenhuber ist sicher gewählt worden, weil einige von ihm erwarten, daß er stark nach außen auftreten wird. Ich halte von dieser Entweder-Oder-Lösung überhaupt nichts. Wir haben bisher zurecht die Inhalte in den Vordergrund gestellt. Nur weil wir vergessen hatten, daß die Inhalte untrennbar mit den Personen verknüpft sind, müßten wir nicht gleich ins andere Extrem verfallen und ein paar Gesichter installieren, die die Entschlossenheit nach außen symbolisieren sollen.



Denn das wird sicher auch schiefgehen, weil die Entschlossenheit, die da demonstriert wird, ja nur dann als solche erkannt wird, wenn sie der parteiinternen Wirklichkeit entspricht, wenn sie auch einen realen Hintergrund hat. Den hat etwa der Haider — so un-demokratisch das auch sein mag — in seiner Partei. Das kann jedoch wohl nie das Demokratieverständnis für die Grünen sein, insofern ist das kein brauch-

bares Modell.

Ebenso ist es bei der SPÖ. Vranitzky hat intern eine starke Position, das konnte er auch nach außen demonstrieren, sein Auftreten entspricht der SP-Wirklichkeit. In der ÖVP war der Riegler genauso stark und so schwach wie auch seine interne Situation. Insofern ist das kein Grün-Modell, außer man will eine undemokratische Grünpartei, dann kann man das schon machen.

Johannes Voggenhuber ist doch, im Gegensatz zu Vranitzky und Haider in deren jeweils eigener Partei, lange nicht wirklich mächtig. Fünf der grünen Abgeordneten stimmten in der Klubobmannwahl für Madeleine Petrovic, fünf für Voggenhuber. Einzig die Stimme des eilig zur Abstimmung herbeigerufenen Noch-Bundesgeschäftsführers Pius Strobl — die Partei hat ja im Klub den Statuten nach zwei Sitze und eine Stimme — kürte den Ex-Stadtrat zum starken Mann.

Abgesehen von Johannes' Persönlichkeitsstruktur — auf die Dauer wird er, nicht zuletzt durch das knappe Ergebnis bedingt, lernen oder scheitern. Ob er Lernfähigkeit hat, weiß ich nicht. Doch abgesehen von Persönlichkeiten oder nicht: Grundsätzlich ist das Konzept — wie ich schon erwähnte — so, wie es angelegt ist, zum Scheitern verurteilt.

Das alte Konzept der vergangenen vier Jahre hat allerdings auch keine außerordentliche Stimmenvermehrung gebracht.

Wir haben in den vergangenen Jahren Millionenbeträge kassiert und nicht verstanden, diese öffentlichkeitswirksam so umzusetzen, um positive Inhalte zu formulieren. Wir werden offensichtlich von der Öffentlichkeit als Vier- oder Fünf-Prozent-Partei akzeptiert — mit Kontrollfunktion und als Korrektiv. Aber nicht als gestaltende Kraft. Das geht auf die Dauer schief.

Auch fehlte es der Partei offensichtlich an Managementqualitäten. Sie sei, hört man, schwer verschuldet, Zahlen zwischen zwanzig und dreißig Millionen werden kolportiert. Halten die Gerüchte einer Überprüfung stand, wie läßt sich das dann erklären? Was ist denn da passiert? Droht ein Konkurs?



Die Kalkulation war: Die Partei würde mehr wachsen und damit mehr Staatsgelder kriegen. Eine eindeutige Fehl kalkulation, dafür gibt es, meiner Meinung nach, politische Verantwortung. Es wird auch notwendig sein, auf dem Bundeskongreß genaue Bilanzen einzuklagen. Was haben der Klub, der Parteivorstand und die Bildungswerkstatt mit den Millionen gemacht? Die von Dir erwähnten Zahlen sind sicher zu hoch gegriffen, aber der Schuldenstand der Partei beträgt etwas über zehn Millionen. Mit dieser Hypothek ist es für jede nächste Parteigeschäftsführung schwierig, auch nur irgendetwas zustande zu bringen.

Wer trägt die Verantwortung?

Alle natürlich, die die Entscheidung mitgetragen haben. Die Letztverantwortung haben jedoch die, die die höchsten

Positionen innehatten: Der Klubobmann, der Grübi-Obmann und die Parteigeschäftsführung. Das wird, hoffe ich, auf dem Bundeskongreß diskutiert werden.

Ein kleines — aber wesentliches — Detail am Rande: Die Partei hat Sitz und Stimme im Klub. Die Klubobmannwahl wurde mit der Stimme des scheidenden Geschäftsführers Pius Strobl für Johannes Voggenhuber entschieden. Grünintern gilt Strobl aber, sehr vereinfacht formuliert, als „Voggenhuber-Mann“. Am 7. Dezember nun steht die Neuwahl der beiden Bundesgeschäftsführer auf dem Programm. Gewinnt ein/e „unabhängige/r“ Kandidat/in, steht doch des Klubchefs hauchdünne Klubmehrheit auf dem Spiel. Kein Problem für eine starke Außenwirkung?

Entweder es gibt auf allen Seiten Lernfähigkeit und Polarisierungen werden vermieden, oder die Sache geht in eine sehr kritische Phase rein — ganz gleich, wer immer Geschäftsführer wird. Problematisch bleibt die Position eines Obmanns immer, der nur mit einer Stimme Mehrheit gewählt worden ist. Eine Fraktionierung jedoch ist sicher nicht zielführend. Aber Voggenhuber muß sich bewußt sein, daß seine Position nicht durch satte Mehrheiten gestützt ist, sondern sich durch einen aus-

gewogenen, vernünftigen Kurs bewähren muß.

Die Geschehnisse der Grünen in einem kleinen Kreis von Personen festzulegen, ohne Partei und demokratische Strukturen, ist es das, wofür die Grünen einmal angetreten sind?

Ich denke, wir werden all diese Entwicklungen auf dem Bundeskongreß ausführlich und offen diskutieren und dann eine — sicherlich richtungweisende — Entscheidung treffen. Ansonsten möchte ich hier und jetzt nichts mehr dazu sagen.

Andreas Wabl, wir danken für das Gespräch.

Karl Lind: Geboren 1962. Seit 1980 journalistisch tätig für verschiedene Tages- und Wochenzeitungen, Mitbegründer der Zeitschrift *Moderne Zeiten — Zeitung für politische Unterstellung und hinterstellende Ästhetik (MOZ)*. Buchveröffentlichung: *Nur kein Rhabarber*, Wien 1989. Seit 1993 Gastronom am Wiener Spittelberg.

Lizenz dieses Beitrags
Copyright

© Copyright liegt beim Autor / bei der Autorin des Artikels